

Bremerhaven, 02.09.2023

Antrag - Nr. StVV - AT 15/2023 (§ 36 GOSTVV)		
für die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 13.09.2023		
Beratung in öffentlicher Sitzung:	ja	Anzahl Anlagen: 0

Sicherheits- und Sauberkeitsoffensive (SPD, CDU, FDP)

Zu einem lebenswerten Umfeld gehört auch das Recht der Bürgerinnen und Bürger auf Sicherheit und Sauberkeit in ihrer Stadt. Vandalismus, Schmierereien, mutwillige Verschmutzung, zerrissene und herumfliegende gelbe Müllsäcke im öffentlichen Straßenraum, abgelegte Zeitungsstapel in Hauseingängen und Bushaltestellen, aber auch Belästigungen, Ruhestörung oder aggressives Betteln haben im öffentlichen Straßenraum nichts zu suchen. Um ein attraktives Lebensumfeld zu ermöglichen, möchten wir dem mit einer Sicherheits- und Sauberkeitsoffensive begegnen. Dafür soll der Ordnungsdienst noch stärker im Zusammenspiel mit der Polizei und den Entsorgungsbetrieben zusammenarbeiten und auf 95 Stellen aufgestockt werden. Ziel ist es, das Sicherheits- und Sauberkeitsgefühl der Menschen in ihrem unmittelbaren Wohnumfeld und im öffentlichen Raum zu stärken.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Der Magistrat wird aufgefordert, bis März 2024 ein Konzept zu entwickeln, wie eine Sicherheits- und Sauberkeitsoffensive im Hinblick auf eine erhöhte Präsenz des Bürger- und Ordnungsamtes, verstärkten Kontrollen auch in Abend- und Nachtstunden oder der Ahndung von Müllsündern, in Zusammenarbeit mit allen Beteiligten organisiert werden kann.
2. Die sogenannten Angsträume müssen festgestellt und qualitativ aufgewertet werden.
3. Ein besonderer Schwerpunkt bei dieser Offensive ist eine stärkere Verkehrsüberwachung bei Rotlicht- und Geschwindigkeitsüberschreitung und Parkverstößen, z. B. Parken in zweiter Reihe oder auf Rad- und Gehwegen.
4. Der Magistrat wird aufgefordert, ein Konzept zu erarbeiten, den Bürger- und Ordnungsdienst perspektivisch bis 2027 von derzeit 30 auf 95 Stellen aufzustocken. Das Konzept soll sowohl die erforderliche Ausbildungszeit, die finanziellen Auswirkungen p.a. und die nach derzeitigem Stand erforderlichen Einsatzzeiten (ggf. Schichtbetrieb und Wochenenddienste) und -orte (Stadtteile ggf. Straßenzüge) beinhalten.

Weitere Begründungen erfolgen mündlich.

Sönke Allers
SPD-Fraktion

Thorsten Raschen
CDU-Fraktion

Prof. Dr. Hauke Hilz
FDP-Fraktion